

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

2. August 1968 - 62 / II
Einzelpreis DM 0.75

HEUTE AUF SEITE 5: PROF. DR. WERNER HOFMANN: DIE APO MUSS INS PARLAMENT

SEITE 7: SHB UND SPD NACH DEM DELEGIERTENTAG IN SAARBRÜCKEN

SEITE 8: WIRTSCHAFTLICHE HINTERGRÜNDE DES BÜRGERKRIEGS IN NIGERIA

BUNDESTAGSWAHLEN: SCHEINGEFECHE IN BONN

Die Angriffe auf den SPD-Außenminister Willy Brandt, die sich an dem von der UdSSR veröffentlichten Notenwechsel in Sachen Gewaltverzicht entzündet haben, werden von informierten Bonner Beobachtern als "Scheingefechte an der falschen Front" bezeichnet. In Wirklichkeit gehe es bei diesen von extremen Rechtskreisen der CDU und vor allem der CSU vorgetragenen Angriffen gar nicht um die Politik des SPD-Vorsitzenden, sondern um ein Abstecken der Positionen in der eigenen Partei für die neue Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 1969. Die CDU und die CSU gehen davon aus, daß die SPD nach den nächsten Bundestagswahlen sowieso nicht mehr regierungsfähig ist - einerseits zahlenmäßig dezimiert, andererseits in Flügel zerfallen. Die CDU/CSU rechnet entweder mit einer absoluten Mehrheit oder mit einer Regierung, die durch Unterstützung einer gespaltenen FDP zustandekommt. Für beide Fälle ist ein Kanzler Kiesinger, trotz der Unterstützung, die ihm mit Rücksicht auf den kommenden Wahlkampf von allen Gruppen der CDU und CSU gewährt werden wird, nicht mehr vorgesehen. Aufmerksame Leser weisen in diesem Zusammenhang auf den Beitrag von Strauß in der Illustrierten "Neue Revue" hin, in dem Kiesinger "unter den gegenwärtigen Umständen" als der geeignete Bundeskanzler bezeichnet wird. Von oberflächlichen Beobachtern wurde der "Revue"-Beitrag als "Absage an Schröder" gekennzeichnet. Davon kann allerdings keine Rede sein. Das Verhältnis zwischen Schröder und Strauß wird nach wie vor als "besser als je zuvor" bezeichnet. Die Haltung des Verteidigungsministers Schröder im Zusammenhang mit dem Bundeswehrmanöver an der CSSR-Grenze ("sich nicht ausmanövrieren lassen") trifft sich mit der der CSU-Gruppe um Strauß ("sich nicht erpressen lassen"). Auch die Kontakte der Schröder-Leute und der Strauß-Gruppe zum oppositionsunwilligen Flügel der FDP (rund 25 Mann) werden nach wie vor gepflegt. Insofern ist der Vergleich des SPD-amtlichen "Vorwärts", die Angriffe gegen Brandt glichen denen gegen Stresemann in der Weimarer Republik, nicht an den Haaren herbeigezogen: Auch Stresemann gehörte einer Partei an, die auf dem Aussterbeetat stand. Die Angriffe gegen ihn und seine Partei dienten der Sammlung der eigenen Fronde. Die Wetten für eine 1969 zu bildende Regierung Schröder-Strauß-Gerstenmaier unter Beteiligung einer FDP-Gruppe, in der Kühlmann-Stumm sitzt, stehen in Bonn daher inzwischen auf 5 : 1.

COHN-BENDIT NACH WESTBERLIN: STUDENT AN DER FU

Der deutsch-französische Studentenführer Daniel Cohn-Bendit hat die Absicht, im Winterhalbjahr 1968 nach Westberlin zu kommen, um seine "politischen Verbindungen zu deutschen Freunden zu intensivieren". Er beabsichtigt, sich für das Sommersemester 1969 an der Freien Universität immatrikulieren zu lassen.

POLIZEIBERICHT: VERPRÜGELTE WAREN "AGENTS PROVOCATEURS"

In Polizeiakten über die Prügel Szenen bei der Senatskundgebung des 21. Februar werden verprügelte Studenten oder Westberliner Bürger, die wie Studenten aussahen und deshalb angepöbelt wurden, als "agents provocateurs" bezeichnet, die bewußt die "Freiheitskundgebung" stören wollten.

APO AUF URLAUB: KENNZEICHEN FÜR AUTO-STOPPER

Als "Anti-Auto-Autos" (abgekürzt für antiautoritäre Autos) haben zahlreiche APO-Urlauber in Westberlin und der Bundesrepublik ihre Wagen kenntlich gemacht: Ein roter Kreis auf weißem Grund (10 mal 10 Zentimeter), an die Windschutzscheibe geklebt, verheißt Auto-Stoppnern eine Mitfahrergelegenheit. In Westberlin werden die Papierkleber vom Sozialreferat des AStA der FU ausgegeben. Wie man hört, soll sich diese Kennzeichnung auch schon außerhalb der Bundesrepublik bewährt haben.

RC DÜSSELDORF: PROTEST GEGEN PRÜGEL-POLIZISTEN

In einer scharfen Stellungnahme protestierte jetzt der Republikanische Club Düsseldorf gegen die Methoden der Polizei und die Berichterstattung der Presse im Zusammenhang mit einer Aktion in der Altstadt Düsseldorfs am vergangenen Sonnabend. Dort hatten RC-Mitglieder Flugblätter verteilt - allerdings mit einem besonderen Publikums-Anreiz: Man druckte die Flugblätter auch gleich auf der Straße. Nachdem Polizisten erst genehmigt hatten, daß auf dem Bürgersteig die Maschinen stehen könnten, gingen sie plötzlich gewaltsam gegen Flugblattverteiler und Demonstranten vor. Zwei aus der Menge wahllos herausgegriffene Jugendliche wurden willkürlich verhaftet und auf der Wache mit Gummiknüppeln schwer mißhandelt. Die Zeitungen folgten größtenteils einseitig der Version der Polizei, derzufolge natürlich in keinem Fall geprügelt worden sei. Dazu heißt es in der Erklärung des RC: "Wir führen das Eingreifen der Polizei auf die Kurzschlußreaktion des diensthabenden Beamten zurück, der sich durch die tendenziösen Angaben eines NPD-Mannes provozieren ließ ('Kommt raus und schafft Ordnung. Wenn ihr es nicht macht, tun wir es, wenn ihr uns eure Gummiknüppel gebt.'). Es muß festgestellt werden, daß die Sympathien des Publikums eindeutig und uneingeschränkt auf Seiten der Flugblattverteiler standen. Wir bedauern, daß Regierungsdirektor Herbert Bischoff einer richterlichen Entscheidung vorgegriffen hat, indem er laut Presse behauptet haben soll: 'Nach einer sachlichen Überprüfung des Vorfalls darf als einwandfrei gelten, daß unsere Beamten nicht geschlagen haben.' Eine Anzeige gegen Polizeibeamte, die zwei Passanten verhafteten und in der Andreaswache mißhandelten, ist erfolgt. Beide Verhafteten wurden mehr oder weniger willkürlich von der Polizei aus der Menge herausgegriffen. Sie sind nicht Mitglieder der RC, haben sich aber ebenso wie die Mehrheit der Passanten gegen die undemokratische Beschneidung der politischen Meinungsfreiheit durch die Polizei gewandt und mit der Aktion des RC solidarisiert. Sie wurden in der Wache verprügelt. Weder die Dienstnummern noch die Namen der prügelnden Beamten wurden trotz mehrfacher Forderung der Geschlagenen herausgegeben."

SENATSKUNDGEBUNG: OHNE GENEHMIGUNG DURCHGEFÜHRT

Am Rande des Ausschlußverfahrens gegen den Charlottenburger SPD-Funktionär Jürgen Gerull aus seiner Partei kamen erstaunliche Tatsachen hinsichtlich der vom Senat und den etablierten Parteien durchgeführten Gegenkundgebung zur Vietnamkonferenz am 21. Februar 1968 zutage: die Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus war offensichtlich nicht genehmigt; alle dort vorgenommenen Handlungen waren also rechtswidrig. Gerull hatte sich im Ausschlußverfahren den SPD-Abgeordneten Lothar Vortisch als Ver-

teidiger erbeten. Vortisch ließ sich während des Vorverfahrens in seiner Eigenschaft als Abgeordneter von der Polizei eine Liste aller im Jahre 1968 beantragten und anschließend genehmigten oder nichtgenehmigten Demonstrationen geben. Die Senatskundgebung war darauf nicht verzeichnet. Überraschend legte Bürgermeister Neubauer, der in der Ausschlußsitzung nicht, wie von Gerull erbeten, als Zeuge, sondern als Ankläger auftrat, jetzt einen auf den 19. Februar datierten Antrag auf Genehmigung der Kundgebung vom 21. Februar vor, die von ihm unterzeichnet ist; auch eine Genehmigung, unterzeichnet von Neubauers Untergebenem, dem Polizeipräsidenten Moch, wußte Neubauer jetzt beizubringen. Senatsdirektor Horst Grabert in diesem Zusammenhang zu seinem Parteifreund Vortisch: Er solle da mal stille sein, es sei nicht alles ganz in Ordnung; man habe einiges vergessen.

Die Frage der Genehmigung der Kundgebung spielte innerhalb des Verfahrens eine gewisse Rolle, da Gerull behauptet hatte, die Kundgebung sei "mit SED-Methoden organisiert" worden. Gerulls Verteidiger Vortisch wollte in diesem Zusammenhang durch eine Anfrage im Abgeordnetenhaus auch herausbringen, wie hoch der Lohnverlust der zur Kundgebung abkommandierten Landesbediensteten war, der durch die Senatskasse getragen wurde. Die SPD-Fraktion untersagte ihrem Fraktionsmitglied Vortisch diese Anfrage.

Vortisch wurde von der Schiedskommission des Westberliner Landesverbandes der SPD als Verteidiger Gerulls nicht zugelassen. Kommissionsvorsitzender Georg Reichenauer um Vorsitzender der Kommission zu werden, seinen Tempelhofer Kreisvorsitz abgab - ließ auch keine Zeugen zu, die Gerull beibringen wollte. Gerull wurde schließlich wegen Verstoß gegen Paragraph 36, 3 des SPD-Status aus der Partei ausgeschlossen, weil er am 3. März im SPD-Organ "Berliner Stimme" einen Leserbrief veröffentlichte, in dem er zur Haltung des Senats anlässlich der Vietnamkonferenz erklärte, "Schütz und Neubauer (waren) bereit, diese Stadt in ein furchtbares Blutbad zu stürzen". Zur Senatskundgebung wenige Tage danach schrieb Gerull, daß ihm "die Gesellschaft eines Rudi Dutschke lieber (sei), als die eines Herrn Amrehn inmitten bezahlter Demonstranten auf einer mit SED-Methoden organisierten Kundgebung".

Zum Ausschluß Gerulls aus der SPD hat der Westberliner SHB folgende Erklärung abgegeben:

"Der SHB Berlin verurteilt aufs schärfste die stalinistische Art und Weise, in der ein Berliner Funktionär aus der Partei ausgeschlossen wurde. Das Verfahren gegen den Genossen Gerull hat in haarsträubender Weise alle rechtsstaatlichen Maßstäbe außer acht gelassen, die auch für ein Parteiverfahren gelten müssen. Wenn dem Beklagten von einem Parteigericht nicht einmal die Möglichkeit gegeben wird, sich von einem Anwalt vertreten zu lassen, wenn weiterhin die inhaltliche Richtigkeit der Behauptungen Gerulls gar nicht geprüft wird, so zeigt dies, in welchem ungeheuren Maße die Berliner SPD-Führung durch nacktes Machtdenken korrumpiert ist. Um die inhaltlichen Vorwürfe Jürgen Gerulls gegen die Berliner SPD-Machthaber Schütz und Neubauer doch noch zu klären, erklärt der SHB nochmals, daß 1. die Genossen Schütz und Neubauer im Februar 1968 bereit waren, blutige Opfer eines Polizeieinsatzes in Kauf zu nehmen, 2. daß der Berliner Senat die Gegenkundgebung vor dem Schöneberger Rathaus am 21. Februar 1968 mit Methoden organisiert hat, die sonst nur in totalitären Staaten üblich sind."

WELTJUGENDFESTSPIELE: KRACH UNTER WESTDEUTSCHEN

Zu den Auseinandersetzungen zwischen den Delegationen einzelner sozialistischer Länder - vor allem zwischen Sowjetrussen, Bulgarien und Polen einerseits sowie Tschechoslowaken andererseits - bei den Weltjugendfestspielen in Sofia haben sich Streitigkeiten innerhalb der westdeutschen Delegationen hinzugesellt. Sie entzündeten sich an Differenzen zwischen den Flügeln des SDS, an Meinungsverschiedenheiten zwischen SDS und Bundesjugendring sowie an unterschiedlichen Auffassungen zwischen Gruppen der Bundesjugendringdelegation und KPD-freundlichen Gruppierungen innerhalb des "Arbeitskreises Festival". Dem Veranstalter zuliebe wurden einigen Gruppen Bilder von Trotzki, Mao tse-tung und Che Guevara von anderen Gruppen "konfisziert"; das Verteilen einer mit Bundesmitteln gedruckten Broschüre durch einzelne Delegationsmitglieder des Deutschen Bundesjugendrings, in der die ostdeutsche FDJ mit der nationalsozialistischen Hitlerju-

gend verglichen wurde, wurde von anderen Delegierten verhindert; Ho-tsch-minh-Sprechchöre einzelner Gruppen wurden von anderen durch "Dubcek"-Rufe niedergeschrien. Der Delegation des deutschen Bundesjugendringes (siehe weiter unten) ist nun in drei Gruppen zerfallen: Falken, Evangelische Jugend und Rest-Delegation. Dadurch ist der Delegationsleiter, der den Falken angehörende Klaus Flegel, in erhebliche Schwierigkeiten geraten. Auch innerhalb der zweiten westdeutschen Gruppe, dem "Arbeitskreis Festival" (Zusammensetzung siehe weiter unten), ist eine erhebliche Differenzierung eingetreten: Teile des SDS und des AUSS stehen der Delegation der SDAJ, anderen Gruppierungen des SDS und der VVN gegenüber, während der Rest der Delegation, vor allem Delegierte des LSD, der HSU und der Jungdemokraten, zu schlichten versuchen. Der "innerdeutsche Zusammenhalt" wird durch "außenpolitische Angelegenheiten" nicht aufrechterhalten: Die westdeutschen Gruppierungen vertreten zu den in Sofia hauptsächlich anstehenden Fragen (Haltung zur Entwicklung in der CSSR, Stellung zur DDR, Einschätzung des westdeutschen Revanchismus) stark divergierende Auffassungen. Lediglich in der Haltung zum Krieg der Amerikaner in Vietnam herrscht eine einheitliche Meinung vor - allerdings schon nicht mehr in der Beurteilung der Stellung der Südvietnamesischen Befreiungsfront. Im ideologischen Kampf auf dem Festival teilen sich die Westdeutschen in drei Gruppen: die größte Gruppe unterstützt ein "geschlossenes Auftreten aller sozialistischen Kräfte" und verweigert "angesichts der imperialistischen Bedrohung" die Diskussion über Entartungen im sozialistischen Lager; eine etwas kleinere sozialistische Gruppe versucht die Diskussion über den "bürokratischen Staats- und Parteiapparat im sozialistischen Lager" zu führen und steht in einem Zwei-Fronten-Kampf gegen autoritäre Tendenzen der Linken und rechten Reaktion; die dritte, kleinste Gruppe, benutzt die Weltjugendfestspiele mit ihren Möglichkeiten zur Diskussion zur "Aufweichung des Kommunismus" im Sinne der "neuen deutschen Ostpolitik" Bonns.

WELTJUGENDFESTSPIELE: DIE DEUTSCHEN DELEGATIONEN

Anden IX. Weltjugendfestspielen, die am 28. Juli begannen und am kommenden Dienstag abgeschlossen werden, nehmen erstmals offizielle Delegationen aus beiden deutschen Staaten teil. Die offizielle westdeutsche Delegation des Deutschen Bundesjugendringes besteht aus 220 Personen. Ihr gehören an: Evangelische Jugend (31 Delegierte), Katholische Jugend (30), Sozialistische Jugend - Die Falken (26), Naturfreundejugend (23), Pfadfinderbünde (18), DAG-Jugend (10), Solidaritätsjugend (1), die Landesjugendringe von Hamburg (12), Hessen (7), Niedersachsen (5), Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg (je 2) sowie Nordrhein-Westfalen und Bremen (je 1). Interessant ist, daß das Sofioter Festspielkomitee auch die Teilnahme des Westberliner Landesjugendringes (3 Vertreter) innerhalb der Delegation des Deutschen Bundesjugendringes akzeptiert hat. Der offiziellen Delegation der BRD ist angeschlossen die Reisegruppe der Jungsozialisten in der SPD (28 Mitglieder). Die Jugendringreisegruppe stellt in mehreren Veranstaltungen Referenten, die aus allen Verbänden kommen. Dabei geht es um Themen wie "Jugend und Politik", "Europäische Sicherheit", "Nationalismus - Neonazismus", "Prinzipien und friedliche Koexistenz", "Probleme des Nahen Ostens" und "Recht der Jugend und Studenten". Der Jugendring und seine Delegation beteiligen sich auch am "Tag der Freundschaft mit der Jugend und der Bevölkerung Bulgariens", am Kulturprogramm des Festivals und am Jahrestag des Atombombenabwurfs von Hiroshima und Nagasaki. - Neben der offiziellen Delegation des Bundesjugendringes, die sich erstmals an einem Weltjugendfestival beteiligt, nimmt auch wieder eine 500 Personen umfassende Gruppe des "Arbeitskreises Festival" teil; die 500 Personen kommen aus den Deutschen Jungdemokraten, dem SDS, dem SHB, dem LSD, der HSU, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend SDAJ, der Freigeistigen Jugend Hamburg, der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugendclubs aus NRW, dem Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler (AUSS), der Arbeitsgemeinschaft Pläne, der DFU, der VVN. - Die Delegation der DDR ist 700 Personen stark, der sich eine etwa 500köpfige Touristengruppe angeschlossen hat, die den Urlaub am Schwarzen Meer mit dem Besuch der Weltjugendfestspiele verbunden hat. Die DDR-Delegierten gehören der FDJ an, kommen aus den Gewerkschaften, dem Demokratischen Frauenbund, der Gesellschaft für Sport und Technik und dem Deutschen Turn- und Sport-

bund. Die DDR-Delegation führt offizielle Einzelmeetings mit 35 Delegationen anderer Länder durch, darunter eine mit der japanischen aus Anlaß des Jahrestages des Hiroshima-Angriffs. Die DDR-Delegation wird an 50 Seminaren, Foren und Aussprachen teilnehmen.

EXTRA-DISKUSSION

BUNDESTAGSWAHLEN 1969: APO-BETEILIGUNG JA ODER NEIN ?

Die Bundestagswahlen von 1969 stehen im Mittelpunkt vieler Diskussionen der Gruppen und Organisationen der Außerparlamentarischen Opposition - natürlich mehr in der Bundesrepublik als in Westberlin. Die Frage nach Sinn oder Unsinn einer Beteiligung der APO in Form einer "echten Alternative" rückt dabei mehr und mehr in den Vordergrund. EXTRA-Dienst wird in dieser und der nächsten Nummer die gegenteiligen Standpunkte in Form zweier Diskussionsbeiträge als Materialiensammlung für die Diskussion in den Gruppen und Organisationen der Außerparlamentarischen Opposition publizieren. Beide Beiträge sind der progressiven "Düsseldorfer Volkszeitung" entnommen. - Nachstehend ein Beitrag von Prof. Dr. Werner Hofmann von der Universität Marburg, einem der Begründer des Aufrufs des "Gießener Kreises"; Prof. Hofmann setzt sich energisch für ein Aktions- und Wahlbündnis für 1969 ein. In der kommenden Ausgabe wird EXTRA-Dienst einen Beitrag von Rudolf Retor veröffentlichen, der von einer "fragwürdigen Wahlalternative für 1969" spricht und für einen Verzicht auf ein Wahlkartell plädiert, dafür aber die Nutzung des Wahlkampfes für die Ziele der Außerparlamentarischen Opposition vorschlägt.

WERNER HOFMANN: AKTIONS- UND WAHLBÜNDNIS 1969

① Frage: Soll man noch wählen?

Antwort: Die Frage ist berechtigt, nachdem die herrschenden Parteien sich dem Volke gänzlich entfremdet haben. Das Wahlrecht wird nach den Bedürfnissen der Herrschenden manipuliert; durch Sperrklauseln wird der notwendige Prozeß einer Erneuerung unseres Parteiensystems abgeschnürt; mit falschen Parolen wird der Wählerwille beirrt. So kommt es, daß im gegenwärtigen deutschen Bundestag ausschließlich Parteien sitzen, die — unter Einfluß der Sozialdemokratie — die Politik der Kapitalinteressen betreiben, während die zahlreichste Gruppe unseres Volkes, die Arbeiterschaft, unvertreten bleibt. Das Gefühl ist daher weitverbreitet: Mit den Bedürfnissen des Volkes stimmen die herrschenden Parlamentsparteien nicht mehr überein. Dies macht sich der organisierte Rechtsradikalismus zunutze, der selbst die Stimmten enttäuschter Wähler noch dem bestehenden System wieder zuführt.

Gerade wer aber den parlamentarischen Schein durchschaut, darf das Feld nicht kampflos denen überlassen, die ein wirkungsvolles parlamentarisches System heute in Wahrheit nicht mehr brauchen können. Der bewußteste Teil unserer Gesellschaft sollte sich nicht durch Wahlenthaltung mit den gleichgültigsten Gruppen des Volkes treffen und damit den Herrschenden das scheinparlamentarische Spiel erleichtern. Wir selbst, die gewaltige und stets wachsende Zahl der Menschen in Stadt und Land, die in dem versteinerten System einverschwoener Parteien ihre Sache nicht mehr aufgehoben füh-

len, müssen in die Verhältnisse eingreifen. Wir selbst müssen Gremien bilden, die unseren Bedürfnissen entsprechen, in denen wir handeln können, und unsere eigenen Vorstellungen zur Bundestagswahl entwickeln.

② Frage: Kann man durch Parlamentsarbeit etwas im Großen ändern?

Antwort: Gewiß nicht durch parlamentarische Wirksamkeit allein, fernab einer demokratischen Öffentlichkeit. Jedes Parlament und jede Parlamentspartei lebt allerdings aus der Verbindung mit Kräften und Gruppen des voparlamentarischen Raumes. Die Beobachtung zeigt hierbei, daß Regierung wie Bundestag den Wünschen ganz unkontrollierter außerparlamentarischer Gewalten des Großkapitals, der Interessenverbände, der Militärs Folge leisten. Die Bewegung zur Erneuerung der Demokratie hingegen entwickelt als Ausdruck der unmittelbaren Bedürfnisse des Volkes auch ihre eigenen politischen Formen. Sie führt den Kampf um Öffentlichkeit und Kontrolle auf allen Schauplätzen des gesellschaftlichen Lebens als einen letztlich einheitlichen. Sie will die Verhältnisse überall durchsichtig machen: im Staat wie in den Wirtschaftsbetrieben, in den Schulen und Hochschulen wie in den Verbänden und Parteien. Daher stellt auch die notwendige Erneuerung der parlamentarischen Formen für sie selbst nur einen Teil jener allgemeinen Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens dar, um die es heute geht.

Die Partner des Aktionsbündnisses werden daher auch einen Wahlkampf nicht, wie die herrschenden Parteien, als eine kurzfristige Kampagne führen,

sondern vielmehr als Teilglied eines gründlichen Prozesses der politischen Selbsterziehung wie der allgemeinen Bewußtseinsentwicklung überhaupt. Das Bündnis sollte hierbei sofort politisch in Erscheinung treten, und zwar auf der ganzen Linie. Es sollte die Tätigkeit von Regierung und Bundestag ständig begleiten, sie dem vollen Licht einer kritischen Öffentlichkeit aussetzen, seine eigenen Vorstellungen entwickeln und popularisieren. Die Partner des Bündnisses werden den Wahlkampf mit aller Härte und als einen echten Machtkampf gegenüber den Herrschenden auszutragen haben; sie werden diesen Kampf schonungslos, offensiv, enthüllend führen, indem sie unablässig aufzeigen, was Bundestag und Regierung heute zu tun hätten und was sie versäumen. Auch eine parlamentsgerichtete Wirksamkeit verfolgt dabei das Ziel, durch eine Politik der offensiven Reform die Regierenden unablässig vor Alternativen zu stellen, die sie nicht selbst gewählt haben, ihre Worte an ihrem Verhalten überprüfbar zu machen, sie hartnäckig der Kontrolle und der politischen Urteilsbildung im Volke auszusetzen.

In diesem Sinne erscheint das Bündnis der Demokraten als befähigt, jene Bewegung zu einer tiefgreifenden und umfassenden Erneuerung unseres öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens fortzuführen, die im Kampf um die Notstandsgesetze machtvoll in Erscheinung getreten ist.

③ Frage: Wer ist ein Demokrat, und was heißt demokratische Selbsttätigkeit?

Antwort: Ein Demokrat ist heute, wer die Verfassungsordnung unseres

Landes, welche die herrschenden Gewalten durch eine umfassende Notstandsordnung in ihrem Kern beschädigt haben, aus dem ursprünglichen Geist des Grundgesetzes erneuern und zugleich unser staatliches Leben im Sinne fortgesetzter Erweiterung von Öffentlichkeit und Kontrolle fortentwickeln will.

Die Erfahrung zeigt, daß ein bloßer Parlamentsbetrieb, mit einigen hundert Abgeordneten, die sich alle vier Jahre wieder ihrer Wähler erinnern, nicht ausreicht, um das öffentliche Leben zu demokratisieren. Vielmehr bezeichnet das stille Zusammenspiel von Staatsorganen und verborgenen gesellschaftlichen Mächten den Prozeß einer fortgesetzten Entparlamentarisierung der Entscheidungen, eines allgemeinen Rückzuges von der Öffentlichkeit überhaupt.

Demgegenüber bedeutet demokratische Selbsttätigkeit, daß wir denen, die Macht ausüben, auf die Finger sehen, im Staat wie in der Wirtschaft, daß wir Lärm schlagen, wo immer wir Gesetzesverletzungen, Rechtsbruch, Willkürhandlungen begegnen, wo immer man unsere Mithilfe für Zwecke in Anspruch nehmen will, die wir nicht billigen können. Demokratische Selbsttätigkeit heißt, daß wir uns um immer mehr Dinge im öffentlichen Leben und in unserer Arbeitswelt selbst kümmern und hierzu nicht auf Gesetze warten; daß wir auf allen Lebensgebieten lernen einzugreifen und immer weitergehende Mitbestimmung für uns unmittelbar in Anspruch zu nehmen.

Ein solches Verhältnis aktiver Demokratie muß sich auch innerhalb des Aktions- und Wahlbündnisses in neuen Beziehungen zwischen Wählern und Gewählten niederschlagen: Die Kandidaten sollten direkt durch die beteiligten Gruppen und in öffentlichen Versammlungen aufgestellt werden, so daß Gewähr dafür besteht, daß die gesellschaftliche Zusammensetzung der Kandidaten des Bündnisses mit derjenigen unserer Bevölkerung aufs engste übereinstimmt. Die Wahlkandidaten sollten auf Wähleraufträge, auf regelmäßige Berichterstattung und Rechenschaft verpflichtet werden; kein Kandidat sollte für mehr als eine Wahlperiode aufgestellt werden, usw. So wird zum Ausdruck gebracht, daß die demokratische Bewegung selbst in keinem Augenblick ihre Aktivität an einige Repräsentanten abtritt, sondern vielmehr unmittelbar ins Parlament selbst hineinwirken will.

④ Frage: Welche gesellschaftlichen Schichten und welche politischen Gruppen sollte das Bündnis umfassen? Wo liegt sein Schwerpunkt?

Antwort: Das Aktions- und Wahlbündnis soll sich keineswegs auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition beschränken: seine Reserven sind weit größer. Zu ihm gehören der Sache nach alle, die ihre Interessen in einem Staat des herrschenden Großkapitals und eines schwindenden Freiheitsraumes nicht mehr aufgehoben finden; Arbeiter wie Landwirte, Angestellte wie Kleingewerbetreibende, unsere arbeitende wie unsere studentische Jugend. Politisch sind alle Gruppen bündnisfähig, welche eine Strategie der fortschreitenden Demokratisierung und der offensiven Reform unse-

res gesamten sozialen Lebens bejahen. Ganz gewiß werden sich die Bündnispartner hierbei nicht von dem gemeinsamen Gegner vorschreiben lassen, welche politischen Gruppen sie als honnett ansehen wollen, und welche nicht.

Das Bündnis darf bei alledem kein formloser Haufen sein. Es muß seine feste Grundlage in der Arbeiterschaft finden, auf welche die ganze Last des gegenwärtigen Systems fällt und ohne deren Belreitung keine Freiheit der Gesellschaft möglich ist.

⑤ Frage: Entschieden-demokratisches oder sozialistisches Programm?

Antwort: Das gemeinsame Minimalprogramm, auf das alle Gruppen sich verständigen können, wird der Natur der Sache nach ein konsequent-demokratisches sein. Es dürfte Punkte enthalten wie etwa: Verhinderung des Gebrauchs von Notstandsvollmachten; Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, als Beitrag zu einer Auflösung der Militärblöcke in Ost und West; Rüstungsbegrenzung; Verständigung mit der DDR; demokratische Kontrolle in den Betrieben, konsequente Schul- und Hochschulreform; ein ehrliches Agrarprogramm; Kampf gegen Kartelle und Preiswucher, usw. Jede der zusammenarbeitenden Gruppen wird hierbei ihre eigenen Schwerpunkte setzen und darüber hinaus weitergehende Vorstellungen entwickeln. Sozialisten werden mit den Tagesforderungen besondere Zukunftsziele verbinden und dies aussprechen. Jede Gruppe sollte ihre Eigenart nicht preisgeben, sondern zum Ausdruck bringen. Das Bündnis darf nicht ein graues Eigerlei unbestimmter Vorstellungen sein; es soll den ganzen Farbenreichtum derer behalten, die durch den gemeinsamen Druck der gesellschaftlichen Gegenkräfte heute zusammengeführt werden und die nicht länger in der Trennung einzeln geschlagen werden wollen.

Bei alledem kann eine Politik der greifbaren Etappenziele, der offensiven Reform gar nicht anders als die demokratische Entwicklung unablässig über den einmal erreichten Stand hinaustreiben.

⑥ Frage: Wer soll im Bündnis „führen“?

Antwort: Es kann keinen Führeranspruch einer Gruppe geben. Keiner der Partner darf dem anderen seine besonderen Vorstellungen aufdrängen. Jede Gruppe wird auch finanziell ihre Aktionen innerhalb des Bündnisses überwiegend selbst bestreiten müssen, bei selbstverständlicher gegenseitiger Hilfe. Schon hierdurch behalten die Partner die Gewähr dafür, daß nicht eine „Zentrale“ die Initiative der Beteiligten an sich zieht.

⑦ Frage: Wieder einmal eine neue Partei?

Antwort: Das Bundeswahlgesetz läßt nur die Kandidatur von Parteien zu. Das Wahlgebilde, welches das Bündnis entwickeln wird, muß diesen Anforderungen genügen. Was als Partei in Erscheinung tritt, sollte allerdings so klein bleiben wie möglich. Der Schwerpunkt liegt nicht bei der Partei, sondern bei dem Aktionsbündnis, das dahinter steht und das diese Partei

trägt. Das Neue besteht darin, daß im Gegensatz zu unseren erstarrten und versteinerten Parteien die Kräfte des Bündnisses offen bleiben für immer neue Gruppen der Bewegung im Volke selbst. Sie wollen nicht an die Stelle dieser Bewegung eine Partei setzen, sondern die Bewegung selbst stärken und entwickeln.

⑧ Frage: Sollte man nicht die fortschrittlichen Kräfte in den bestehenden Parteien unterstützen?

Antwort: Die Erfahrung zeigt, daß nur noch durch Druck von außen auch die kritischen Köpfe innerhalb der herrschenden Parteien ermutigt werden können. Die Führer der SPD, verdorben durch Jahre eines politisch sittenwidrigen und öffentliches Argernis erregenden Konkubinats mit der CDU, haben es bisher immer verstanden, Kritiker in den eigenen Reihen zu verwirren oder zum Schweigen zu bringen. Das Wahlbündnis will nicht zuletzt denjenigen Wählern eine neue Heimstatt bieten, die in den letzten Jahren der SPD enttäuscht den Rücken gekehrt haben. — Auch die FDP, die selbstverständlich in ihrem Wesen eine Unternehmerrpartei ist, hat allzulange mit der CDU gebuhlt und gemeinsam mit ihr jahrelang an den Notstandsgesetzen gearbeitet; sie bleibt auch weiterhin eine Koalitionsreserve der CDU. — Nur durch eine neue Kraft, welche allem voran die Initiative der Arbeiter und einfachen Angestellten zur Geltung bringt, können auch die Gewerkschaften aus ihrer Verstrickung mit dem gegenwärtigen System und aus ihrer vollständigen Unterwerfung unter eine Partei gelöst werden, die ihnen gegenüber mit einem totalitären Anspruch auftritt.

⑨ Frage: Kann man es schaffen?

Antwort: Die von einer politischen Alternative Nächstbetroffenen nehmen schon heute die Pläne für ein Wahlbündnis sehr ernst. (Auch der Eifer, mit dem die Führer der SPD neuerdings das Mehrheitswahlrecht betreiben, zeugt davon.) Zwischen der Zusammensetzung des Parlaments, in dem nur die herrschenden Interessen einen Platz haben, und der Zusammensetzung der Bevölkerung, deren arbeitende Schichten nicht mehr zu Wort kommen, besteht eine so aufreizende Nichtübereinstimmung, daß dies von den herrschenden Gruppierungen selbst als Gefahr empfunden werden muß. Es ist nicht Zuversicht, sondern Furcht, was sie nach immer neuen Eingriffen in das Wahlsystem Ausschau halten und nach immer neuen Mitteln der Irreführung des Volkes greifen läßt. Die Notstandsvollmachten der Regierung, die widerspruchsvolle Wirtschaftspolitik, der Druck auf den Lebensstandard des größeren Teils unseres Volkes werden ein Übriges tun, um unsere Mitbürger aufzuklären. Im Kampf um die Notstandsgesetze haben die herrschenden Kräfte eine Ahnung davon erhalten, welche Energien unser Volk freisetzen kann. Der Prozeß fortschreitender Bewußtseinsentwicklung im Handeln selbst aber entscheidet heute darüber, ob unser Land zu seinen Möglichkeiten finden wird.

SHB: LOS VON BONN

Die außerordentliche Delegiertenversammlung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) schaffte in Saarbrücken ihren Bundesvorstand ab und schuf sich dafür einen siebenköpfigen Zentralrat (Börnsen-Westberlin, Altenburg-Hamburg, Heckmann-Westberlin, Lotz-Köln, Vollmann-Bonn, Gerke-München, Scheer-Heidelberg), der möglichst keine Politik machen, sondern nur die Kommunikation der einzelnen Landesverbände und Universitätsgruppen aufrechterhalten soll. Sinn der Dezentralisierung: Los von Bonn, also von der möglichen "Kunkelei" eines in Barackennähe sitzenden Bundesvorstandes mit dem SPD-Vorstand, ferner die Verhinderung der Abgabe politischer Erklärungen durch den Vorstand, solange nicht ausführlich diskutiert werden konnte. Der SHB zerfällt nach eigener Einschätzung der Delegierten in zahlreiche Flügel (orthodox-marxistische Bonner, pazifistische Hamburger, radikaldemokratische Münchner, antiautoritäre Westberliner, ultralinke Frankfurter), was aber weniger primär ideologisch zu sehen ist: Die einzelnen SHB-Gruppen orientieren sich an den bei sich vorzufindenden Strukturen der SPD und der Universitäten. Schwerpunktarbeit des SHB soll daher in Zukunft die Universität sein, sowohl ihre Reform als auch Vertretung politischer Standpunkte in ihr. Zur SPD will man alle organisatorischen Bande lösen, um sich nicht doch noch "einkau-
len" zu lassen. Zwar wurde ein Antrag, sofort den Parteirat der SPD zu verlassen, mit 41:39 Stimmen abgelehnt; der Zentralrat, dessen Mehrheit zu einer Distanzierung von der SPD neigt, wird voraussichtlich aber noch in diesem Jahr den Parteirats-Auszug vollziehen (siehe auch Dokumentation).

PIRMASENS: REPUBLIKANISCHER CLUB GEGRÜNDET

In der pfälzischen Stadt Pirmasens wurde Mitte Juli ein Republikanischer Club gegründet. Er ist über die Adresse Karin Kuntz, 6786 Lemberg, Landgrafenstraße 21, zu erreichen.

MÜNCHEN: REPUBLIKANISCHER CLUB GEGRÜNDET

Nach dreimaligem Anlauf wurde - trotz einiger Happeningaktionen eines Freundeskreises um den Ex-Kommunarden Fritz Teufel - in München ein Republikanischer Club gegründet. Dem Gründungskomitee gehören u. a. die Schriftsteller Heinar Kipphardt und Yaak Karsunke, der Regisseur Peter Stein, das LSD-Mitglied Wächtler und das SDS-Mitglied Gilbhardt an. Der RC wird eine Rechtshilfeorganisation gründen und in absehbarer Zeit eigene Räume beziehen. Der Münchener RC soll ein "Informations- und Diskussionszentrum" der Außerparlamentarischen Opposition sein und vor allem den Kontakt zwischen Intellektuellen und Gewerkschaftern herstellen; Voraussetzungen dazu scheinen gegeben. Statuten will sich der RC in einer künftigen Versammlung geben, wenn sich das Interesse des Teufel-Clans anderen Münchener Attraktionen zugewandt hat.

MITTEILUNG DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

DER REPUBLIKANISCHE CLUB ist während des Monats August geschlossen. Das betrifft sowohl die Räume des Clubs als auch das Büro. Es wird jedoch ein "Bürodienst" aufrechterhalten; jeden Donnerstag im August ist das Büro des RC zwischen 11 und 14 Uhr besetzt.

EXTRA-DOKUMENTATION

SHB: STELLUNGNAHME ZUR BUNDESTAGSWAHL

Auf seiner außerordentlichen Delegiertenkonferenz in Saarbrücken verabschiedete der SHB eine Stellungnahme zur Bundestagswahl 1969, die wir im Wortlaut dokumentieren:

"Die Bildung der Großen Koalition bezeichnet einen Höhepunkt in der Entwicklung der SPD, in deren Verlauf sie zunehmend das Parlament nicht mehr als Institution begriff, die durch die Reproduktion der gesellschaftlichen Widersprüche gekennzeichnet ist; vielmehr wurde die Teilnahme am parlamentarischen System verstanden als Vehikel zur Macht - unter der Voraussetzung allerdings, daß sich die SPD mehr und mehr integrie-

ren ließ in ein System, das durch den Antagonismus von Kapital und Arbeit gekennzeichnet ist, der Verschleierung der tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse dient (Pluralismusideologie) und sie zu konsolidieren hat.

Im Verlauf dieser Assimilation der SPD in ein restauratives parlamentarisches System ist ein Verfall der sozialistischen Theorie innerhalb der Partei zu diagnostizieren; Symptome dieses Verfalls: die Unfähigkeit, die Funktion des Parlaments als Stabilisator der bestehenden Machtverhältnisse zu begreifen und durch Hineintragen gesellschaftlicher Konflikte aufzuheben; die Hinwendung zu einer 'Reform-Politik', die nach rein pragmatisch opportunistischen Gesichtspunkten 'realpolitische und sachliche Entscheidungen' hervorbringt.

Das Institut der Wahl eines Parlaments dient gegenwärtig als gesellschaftliche Legitimationsbasis für die etablierten Herrschaftsstrukturen; sie verbreiterte sich in dem Maße, in dem die SPD sich unfähig erwies, diese Funktion der Wahl zu problematisieren und in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen transparent zu erhalten.

Hieraus ergeben sich mögliche Ansatzpunkte für eine Wahlkampfstrategie progressiver linker Gruppen: die herrschaftsstabilisierende Funktion des Parlaments und die Beteiligung der SPD an diesem Prozeß müssen in der Öffentlichkeit problematisiert werden. Eine globale Unterstützung der SPD durch den SHB im Wahlkampf ist daher nicht möglich; stattdessen wird sich der SHB einsetzen für linke SPD-Kandidaten, deren Politik in Opposition zur nahezu vollständigen Anpassung der offiziellen SPD-Politik steht und wenigstens in Ansätzen geeignet ist, gesellschaftliche Konflikte in das Parlament hineinzutragen. Eine derart differenzierte Unterstützung erzielt, ohne sich in der Notwendigkeit zahlenmäßiger Erfolge parlamentarischen Mechanismen zu unterwerfen, eine Politisierung der Wahlen: Es wird nicht mehr allein nach der Parteizugehörigkeit, sondern nach inhaltlichen Aussagen gefragt, danach, welche Interessen denn im Parlament vertreten werden sollen. Diese Politisierung wird aber auch in die Partei selbst zurückwirken: Es werden inhaltliche Alternativen zur Politik der Parteiführung aufgezeigt und Perspektiven innerparteilicher Kooperation (Fraktionsproblem) deutlich gemacht. - Inhaltliche Differenzierungskriterien sind ausgehend von tatsächlichen gesellschaftlichen Bedingungen und Tendenzen zu entwickeln; dabei ist auch auf (noch lange nicht befriedigende) Ansätze einzugehen, gerade auch, um zu verdeutlichen, wie diese sinnvoll konsequent weiterentwickelt werden müssen. Dies geschieht exemplarisch bei besonders hervorstechenden politischen Problemen. So wird der SHB nur SPD-Kandidaten unterstützen, die den folgenden Kriterien genügen:

- 1) Ablehnung der Großen Koalition
- 2) Ablehnung der NS-Gesetze (restaurative politische Entwicklung des Parlamentarismus)
- 3) Ablehnung jedes kleineren politischen Parteien diskriminierenden Wahlrechts
- 4) Ablehnung des Konzepts der 'sozialen Symmetrie' und der 'konzertierten Aktion' (keine Verschleierung der gesellschaftlichen Widersprüche)
- 5) Eintreten für eine Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung."

EXTRA-REPORT

NIGERIA UND BIAFRA: MATERIALIEN ZUM KONFLIKT

Das Deutsche Komitee des Weltstudentendienstes (World University Service) brachte in seinem "ew-Dienst" (53 Bonn, Lessingstraße 22) eine umfangreiche Dokumentation zum nigerianischen Bürgerkriegskonflikt heraus. Auszüge aus dieser Dokumentation veröffentlicht EXTRA-Dienst nachstehend als Materialiensammlung. Es muß dabei erinnert werden, daß der Konflikt am 30. Mai 1967 mit der Unabhängigkeitserklärung des bisher weitgehend autonomen Bundesstaates der Ibos zur "Republik Biafra" begann. Der Bürgerkrieg hat sicherlich weithin den Charakter eines Stammeskrieges zwischen den vier hauptsächlichsten Bevölkerungsgruppen Nigerias, den Haussas und Fulanis - die mehr hinter der Zentralregierung stehen -, den Yorubas - die ebenfalls secessionistische Tendenzen haben, aber nicht mit Biafra sympathisieren, und den Ibos im Bundesstaat Biafra; neben den Stammesunterschieden spielen religiöse Differenzen und Unterschiede des Bildungsstandes eine Rolle. Sie sind durch zahlreiche Veröffentlichungen hinlänglich bekannt. Die EXTRA-Dienst Dokumentation beschäftigt sich daher weitgehend mit den wirtschaftlichen Interessen, die den Bürgerkrieg bestimmen:

"Die Hoffnung vieler Beobachter, der Krieg werde sich innerhalb weniger Tage totlaufen, erfüllte sich nicht. Beide Seiten hatten sich in der Phase des Kalten Krieges ausreichend auf die heißen Auseinandersetzungen vorbereitet. Lachende Dritte waren die internationalen Waffenhändler, die beide Seiten mit Waffen aller Art versorgten. Lagos meldet am 12. Juli, man habe beim Vormarsch in Biafra Tausende von tschechischen Maschinenpistolen gefunden. Enugu kontert mit der Behauptung, zwei englische Flugzeuge seien mit Waffen und Söldnern an Bord in Lagos eingetroffen. In Lagos verbreiten sich Gerüchte, die Ölgruppe Shell-BP habe sich bereit erklärt, 250.000 Pfund Sterling als Abschlag auf die fälligen Konzessionszahlungen in einer konvertierbaren Währung an Biafra zu zahlen. Biafra droht am 12. Juli über Radio Enugu, bei Nichtzahlung der fälligen Konzessionen an die Regierung der Republik Biafra würden die Ölanlagen nationalisiert.

Der Luftkrieg auf beiden Seiten ist in dieser ersten Phase des Bürgerkrieges vorläufig noch rudimentär. Beide Seiten geben zu, daß der Gegner auch im Luftraum operiert. Während Lagos mit Do 27-Flugzeugen aus deutscher Produktion und Piaggio-Propellertrainern aus italienischer Produktion Enugu bombardiert, fliegt Biafra mit einem alten amerikanischen Bomber des Typs B-26 aus französischen Militärbeständen Angriffe auf die Nachschub- und Versorgungslager Agola, Aduro und Idah nördlich seiner Grenzen. Da Biafra noch nicht über Bomben verfügt, werden von den Flugzeugen Molotow-Cocktails abgeworfen. Die sechs französischen Alouette-Hubschrauber Biafras werden zunächst noch zurückgehalten.

Am 28. Juli 1967 beschäftigt sich die "Neue Zürcher Zeitung" mit der Rolle, die das Erdöl bei den Auseinandersetzungen in Nigeria spielt: Der Krieg habe in dem Augenblick begonnen, "als die Erdölgesellschaft Shell-BP, in deren Besitz die meisten Installationen sind, eine erste Zahlung an das secessionistische Regime leistete. Bis dahin waren alle fälligen Royalties, die auf Grund der seinerzeit mit der Zentralregierung abgeschlossenen Verträge zu entrichten sind, auf ein Sperrkonto eingezahlt worden, das keiner der beiden streitenden Parteien zugänglich ist. Ojukwu, der Regierungschef Biafras, hat aber alle zur Hauptsache in der Ostregion liegenden Fördereinrichtungen und sämtliche, auch die das Öl aus der Mittelwestregion nach dem Verschiffungshafen Bonny hereinführenden Pipelines in seiner Hand. So war er - und ist es bis heute - in der Lage, die Gesellschaften unter Druck zu setzen. Für die Zentralregierungen aber war die Auszahlung von Erdölgeld an Biafra das Alarmzeichen: Denn mit Geld ist die ohnehin nur sehr schwer in wirksamer Weise durchführbare Wirtschaftsblockade, mit welcher die Bundesregierung die Ostregion auszuhungern hoffte, jederzeit zu durchbrechen."

Während nach wie vor unklar ist, ob der Hafen Bonny von den Bundestruppen erobert worden ist oder nicht, wird der Generaldirektor der Shell-BP-Nigeria, Stanley Grey, in der Biafra-Stadt Enugu unter Hausarrest gestellt. Sofort beginnen in London und Enugu Verhandlungen über die Freilassung des Ölmanagers. Indigniert schreibt die "Neue Zürcher Zeitung" von einem "Erpressungsmanöver" Biafras. Angeblich soll Biafra für die Freilassung Greys Erdölabgaben in Höhe von 42 Millionen Schweizer Franken verlangen. Als diese Meldung bestätigt wird, wird die "Neue Zürcher Zeitung" als Vertreterin von Industrie-Interessen sehr deutlich: "... zeugt das Vorgehen Biafras von wirtschaftlicher Unvernunft und beleuchtet - auch angesichts der ausgestoßenen Verstaatlichungsdrohungen - einmal mehr ganz generell die Problematik und das Risiko ausländischer Direktinvestitionen, die von den Entwicklungsländern angeblich so sehnlich herbeigewünscht werden. Gerade das Shell-BP-Unternehmen hat sich in seiner Aktivität in Nigeria selbst nach dem Urteil schwarzer Fachleute stets strikt an die Direktiven der einheimischen Planungsstrategen gehalten. In dem bis vor kurzem noch völlig unerforschten, von Mangrovensümpfen durchzogenen und wirtschaftlich bedeutungslosen Niger-Delta wurden mit einem gewaltigen Aufwand an menschlicher Arbeitskraft und finanziellen Mitteln jene Vorbedingungen geschaffen, die Nigeria innerhalb von 5 Jahren den Aufstieg zur Erdölmacht erlaubten.

... Umso ernüchternder mutet das rechtswidrige Vorgehen der nigerianischen Sezessionisten an. Wohl mag man einwenden, die heutige Lage sei durch die Kriegereignisse anomal geworden. Es ist auch nicht von der Hand zu weisen, daß die wirtschaftliche Existenzfähigkeit Biafras mit den Einnahmen aus den Erdölabgaben, die übrigens gesetzlich

genau geregelt sind, steht oder fällt. Das kann indessen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die beiden Kriegsparteien in Nigeria im Kampf um die Erdölroyalties um eine Beute streiten, die ohne die ausländischen Bemühungen gar nie vorhanden gewesen wäre und die bei einem Anhalten der politischen Uneinsichtigkeit auch heute noch verloren gehen könnte. Denn eines ist gewiß: Weder Biafra noch die Föderation sind auf absehbare Zeit hinaus in der Lage, die Erdölfelder selber auszuwerten, fehlt es ihnen doch sowohl an finanziellen Mitteln als auch am Know how. Es liegt auf der Hand, daß sich die ausländischen Investoren die Frage weiterer massiver Kapitaleinsätze selbst nach einer allfälligen Beilegung der nigerianischen Wirren sehr vorsichtig überlegen müssen."

Sofragwürdig diese Argumentation auch ist, so selten allerdings ist es auch, daß in dieser Deutlichkeit beschrieben wird, was eigentlich unter dem Schlagwort Wirtschaftsimperialismus zu verstehen ist.

Am 31. Juli teilt die Regierung Biafras mit, sie habe die Erdöleinrichtungen der Shell-BP "aus Sicherheitsgründen" übernommen. Gleichzeitig sei die Einstellung aller Arbeiten in den Erdöleinrichtungen angeordnet worden.

Eine Rolle für diese Maßnahmen spielten sicher auch die Vorwürfe gegen die Shell-BP, die Bundestruppen bei der Landung in und Einnahme von Bonny unterstützt haben. Das Dilemma des Erdölkonzerns wurde von der "Financial Times" in London treffend umschrieben: Die Shell-BP müsse in jedem Fall dafür Sorge tragen, "jeder Identifizierung mit der am Ende unterliegenden Konfliktpartei auszuweichen". Am 4. August trifft der Generaldirektor der Gesellschaft Royal Dutch Shell (BP-Shell), Frank McFagzean, in Enugu ein, um über die Freilassung seines nigerianischen Generaldirektors zu verhandeln. Am 5. August wird Stanley Grey von den biafrischen Behörden freigelassen.

Am 9. August 1967 wird in Lagos der Presse die Photokopie eines Dokumentes gezeigt, daß angeblich von Ojukwu, dem Biafra-Chef, unterzeichnet ist und einer französischen Bank für 10 Jahre alle Rechte an der Ausbeutung biafrischer Bodenschätze, und zwar Erze und Steinkohle, abtreten will, wenn die Bank dafür der Regierung in Enugu den Gegenwert von etwa 75 Mill. Mark in harter Währung zahlt. Das Erdöl oder Erdgas in der Ostregion ist in diesem Angebot ausgenommen.

Die Rüstungsbemühungen beider Seiten gehen weiter. In Lagos treffen Anfang August zwei tschechische Düsenkampfflugzeuge ein. Insgesamt soll die Regierung 6 dieser mit Maschinengewehren bestückten Kampfflugzeuge von Typ IL-29 bestellt haben. Am 10. August gibt das Commonwealth-Office in London bekannt, die Regierung habe Lizenzen zur Lieferung von Waffen an die Militärregierung Nigerias erteilt. In dieser offiziellen Mitteilung wird von privaten Exporten in geringem Umfang gesprochen und darauf hingewiesen, daß die Armee Nigerias schon immer mit britischen Waffen ausgerüstet gewesen sei. Deshalb handle es sich hierbei um eine durchaus normale Transaktion, fehlende oder unbrauchbar gewordene Bestände zu ersetzen. Mit dieser Mitteilung gibt London seine bis dahin gewährte Neutralität auf, die vor allem in Hinblick auf die Erdölinstallation aufrechterhalten worden war. Man hatte Biafra keinen Vorwand liefern wollen, sich der Ölquellen und der Ölanlagen zu bemächtigen.

Am 19. August 1967 wird in Lagos aus informierten Kreisen bekannt, daß auf dem nordnigerianischen Flughafen Kano, der kurz zuvor für den internationalen Zivilluftverkehr gesperrt worden war, 15 sowjetische Transportflugzeuge mit Kriegsmaterial für die Zentralregierung gelandet seien. 13 von diesen Flugzeugen sollen angeblich Kampfflugzeuge vom Typ Mig 15 und vom tschechoslowakischen Typ IL-29 transportiert haben. Ein Sprecher der amerikanischen Regierung erklärte daraufhin in Washington, die sowjetischen Waffenlieferungen nach Nigeria seien ein Risiko. Der Konflikt könne dadurch vertieft werden. Er drückt sein Bedauern darüber aus, daß die Sowjetunion durch diese Maßnahmen aktiv in den nigerianischen Konflikt eingreife.

Eine Meldung Radio Enugus, in der Gegend von Nsukka kämpften Truppen der Zentralregierung gemeinsam mit deutschen Söldnern, wird am 29. August vom Bonner Auswärtigen Amt dementiert. Ein Sprecher des AA versichert, daß die Bundesrepublik Deutschland der nigerianischen Zentralregierung weder Waffen noch Soldaten zur Verfügung gestellt habe. Gleichzeitig wird bekannt, daß sowjetische Techniker zur Wartung der von der UdSSR gelieferten Mig-Düsenjäger in Nigeria eingetroffen seien.

Am 5. Oktober resümiert die "Neue Zürcher Zeitung" unter der Überschrift "Zuversicht in Lagos" die Lage in Nigeria: "Die Republik Biafra ist vier Monate nach ihrer Proklamation fast gänzlich von ihrer Außenwelt abgeschnitten. Sie ist zudem nicht nur vom übrigen Afrika im Stich gelassen worden, sondern auch von den Mächten wie Großbritannien und der Sowjetunion, die beide Gowon einträchtiglich leichtes Kriegsmaterial und Jagdflugzeuge zur Verfügung stellen. Ojukwu hingegen ist auf die Gnade geschäftstüchtiger Waffenhändler angewiesen, die nur gegen harte Währung über die portugiesische Insel San Tomé Handfeuerwaffen auf dem Luftwege nach Biafra liefern.

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hat sich, wie zu erwarten war, einmütig auf die Seite der Zentralregierung gestellt und ihr ihre volle Solidarität bei ihrem Kampf um die Wahrung der territorialen Integrität Nigerias zugesichert. Die Zentralregierung zeigt jedoch keine Eile, die von der OAU mit der Vermittlung beauftragten sechs afrikanischen Staatschefs, unter ihnen Kaiser Haile Selassie und Präsident Mobutu, zu empfangen; sie hat im Gegenteil mit allerlei Ausflüchten versucht, den hohen Besuch hinauszuzügeln. Offensichtlich will Gowon erst einen eindeutigen Sieg über Ojukwu vorweisen können, der die "Gefahr" von vornherein ausschliesse, daß sein Gegner als ebenbürtiger Verhandlungspartner auftreten könnte. Niemand weiß, wie dieser Sezessionskrieg, der, genau genommen, ein Stammeskrieg ist, ausgehen wird, falls Ojukwu an seinen Durchhalteparolen festhalten kann. Niemand weiß auch zu sagen, wie man sich in Lagos eine Lösung für das Zusammenleben nach einem totalen Sieg über Biafra vorstellt."

Am 31. Oktober berichtet die "Times" in großer Aufmachung darüber, daß Portugal der Regierung Biafras die wesentlichste Unterstützung angedeihen lasse. Nachdem Bundestruppen das kleine Schiff "Jozina" in der Nähe Calabars aufgebracht und festgestellt hatte, daß es 11.000 Gewehre und 500.000 Stück Munition an Bord hatte sowie Informationschriften, die vom Presse- und Informationsamt Biafras angefordert worden waren, greift Gowon in Lagos die Portugiesen offen an, da die "Jozina" aus Lissabon kam. Gowon behauptet ebenfalls, daß Vertreter Biafras ein europäisches Büro in Portugal eingerichtet hätten und den Flughafen auf der Insel San Tomé als Ausfalltor aus Biafra benutzten. Lissabon unterstütze Biafra vor allem deshalb, um die Zentralregierung zu schwächen, die ihrerseits antikolonialistische Bewegungen in portugiesischen Territorien wie Angola und Mozambique fördert. Neben der Vereinigten Arabischen Republik gehört Nigeria zu den größten Beitragszahlern der Organisation für Afrikanische Einheit, die ihrerseits wieder Mittel für die Unabhängigkeitsbewegungen innerhalb und außerhalb der portugiesischen Kolonien bereitstellt.

Am 15. Januar wird gemeldet, daß bei Port Harcourt Kämpfe zwischen den Bundestruppen und Einheiten Biafras im Gange sind. Port Harcourt ist der letzte Ort, von dem aus Ojukwu Kontakt mit der Außenwelt halten kann. Am gleichen Tage verhindert die Zentralregierung in Lagos den Flug eines vom Internationalen Roten Kreuz gecharterten Flugzeuges nach Biafra, das Medikamente sowie ärztliches Personal in die Nähe von Enugu bringen sollte. Die Behörden weigerten sich, das Flugzeug in Biafra landen zu lassen, wenn es vorher auf der spanischen Insel Fernando Po zwischenlande, um dort von Beamten der Zentralregierung inspiziert zu werden. Das Internationale Rote Kreuz erklärt dazu, die Maschine sei bei der schweizerischen Chartergesellschaft Balair gechartert worden, deren Hauptaktionär die Swissair sei, die wiederum Rücksicht auf die Wünsche der Zentralregierung zu nehmen habe, um ihre Landrechte in Lagos nicht zu verlieren.

Mit zunehmender Bedrängnis Biafras wachsen die Sympathien für Ojukwu. Ojukwus Emissionäre reisen in Europa und Afrika herum, um für die Sache Biafras zu werben, vor allem Dr. Michael Okpara und Francis Ibiem, ein bekannter Laienführer des Weltprotestantismus. Besonders in Ostafrika finden die Vertreter Biafras immer stärker offene Ohren, obwohl die dortigen Regierungen vor Ausbruch des Bürgerkrieges klipp und klar erklärten, sie seien nicht bereit, Biafra anzuerkennen. Mehrfach hält sich Dr. Okpara in Daressalam auf, wo er jedesmal mit Julius Nyerere zusammentrifft. Der Geschäftsträger der offiziellen nigerianischen Hochkommission in Daressalam klagt darüber, daß er so gut wie keinen Kontakt zu den Regierungskreisen Tansanias habe.

Von keiner der beiden Seiten wird der Tatbestand ernsthaft bestritten, daß Ausländer,

genauer genommen Söldner, in die Kriegshandlungen verwickelt sind. Im Zusammenhang mit Biafra fallen immer wieder die aus dem Kongo bekannten Namen Bob Denard und Alastair Wicks. Wicks wurde Anfang des Jahres auf dem Flughafen von Lomé/Togo verhaftet. Er war dort mit einem Flugzeug gelandet, in dem sich neun Tonnen nigerianischer Banknoten befanden, die im Auftrag Ojukwus noch vor der Einführung neuer Noten eingeschmuggelt werden sollten.

"Geht auch der Ursprung dieses Konfliktes auf rein innenpolitische Gründe, vor allem auf Stammesgegensätze, zurück", schreibt die "Neue Zürcher Zeitung" am 4. Februar 1968, "so blieb es angesichts des enormen Wirtschaftspotentials Nigerias unvermeidlich, daß allmählich ausländische Interessen involviert wurden."

Vor allem in England werden immer wieder Vorwürfe gegen Frankreich erhoben, aktiv die Regierung Ojukwus zu unterstützen. Das Schwergewicht französischer Wirtschaftsinteressen liegt eindeutig in dem Gebiet der ehemaligen Ostregion. Die französische Erdölgesellschaft Safrap hat dort im Jahre 1962 die Schürfrechte über ein Gebiet von fast 25.000 Quadratkilometer erworben. Safrap ist ein Ableger der staatseigenen französischen Erdölgruppe ERAP. Außerdem hat die französische Kautschukfirma Michelin eine Autoreifenfabrik in dieser Gegend errichtet, während verschiedene französische Handelshäuser dort Filialen unterhalten.

Mit dem zunehmenden Engagement ausländischer Interessen in der nigerianischen Auseinandersetzung verstärkt sich offensichtlich auf beiden Seiten die Bereitschaft zu Verhandlungen. Am 11. Februar berichtet die Presse, daß Ojukwu zum ersten Mal nicht mehr davon spricht, Vorbedingung für jede Verhandlung müsse die Anerkennung der Souveränität Biafras sein. Er schließt diese Souveränität zwar nicht aus und spricht von Verhandlungen "zwischen Biafra und Nigeria", aber er will es Gowon in Lagos leichter machen, seinerseits die Vorbedingung fallen zu lassen, mit allen, nur nicht mit Ojukwu zu verhandeln. Auch Gowon verlangt in seinen Äußerungen nicht mehr, daß vor der Aufnahme von Verhandlungen Biafra zunächst die Sezession widerrufen müsse."

ZITAT DER WOCHE

Der neue Botschafter der Republik Elfenbeinküste in Bonn, Amon, fand bei der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens an den wegen seiner NS-Vergangenheit belasteten Bundespräsidenten Lübke u. a. folgende Worte: "Ihre brillante politische Vergangenheit, ein wesentlicher Faktor Ihres kompetenhaften Aufstiegs in einer an Ehren reichen Karriere, gepaart mit hoher Kultur wie mit menschlichen Qualitäten, die ohne Zweifel auf Ihre erlauchte Herkunft zurückzuführen sind, insbesondere auch die Weisheit, die Seelengröße und die seltene Vornehmheit, mit der Sie seit bald zehn Jahren die Geschicke Ihres großen, wunderbaren Landes lenken, dies alles ist zweifelsohne die Grundlage der hohen Bewunderung und der besonderen Wertschätzung, die wir Elfenbeiner Ihnen entgegenbringen..." Anschließend äußerte Amon den Wunsch, die Elfenbeinküste möchte mehr als bisher von westdeutschen Touristen besucht werden.

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712 (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:
WOHNORT:
STRASSE:
DATUM: UNTERSCHRIFT: